

# Diplomabschlußfeier des Otto-Suhr-Instituts

Wintersemester 2000/2001

am

Freitag, 9. Februar 2001 um 16:00 Uhr s.t.

im Hörsaal A, Ihnestraße 21

## P R O G R A M M

Musik

Begrüßung

Prof. Dr. Ralf Rytlewski

*Prodekan des FB Politik- und Sozialwissenschaften*

Grußwort

Prof. Dr. Axel Zerdick

*Dekan des FB Politik- und Sozialwissenschaften*

Festvorträge

***80 Jahre Politikwissenschaft in Berlin***

*Priv.-Doz. Dr. Detlef Lehnert*

*Prof. Dr. Gerhard Göhler*

*Prof. Dr. Eberhard Sandschneider*

Musik

Ansprachen

Stefan Rudschinat, *Absolvent*

Eva Wegner, *Absolventin*

Verleihung der Diplomurkunden

Prof. Dr. Eberhard Sandschneider

*Geschäftsführender Direktor des Otto-Suhr-Instituts*

Der OSI-Club stellt sich vor

Musik

Im Anschluß: kleiner Empfang

Detlef Lehnert

## **Ursprünge und Entwicklungen der „Deutschen Hochschule für Politik“ 1920 bis 1933**

80 Jahre Politikwissenschaft in Berlin, Teil I

Vortrag am 9.2.2001 anlässlich der Übergabe der Diplomurkunden

Erwarten Sie bitte von mir keine Laudatio auf „80 Jahre Politikwissenschaft in Berlin“. Als die „Deutsche Hochschule für Politik“ am 20. Oktober 1920 mit einem feierlichen Gründungsakt eröffnet wurde, verkündeten nicht einmal die Festredner die Geburt einer neuen akademischen Disziplin. Der amtierende Reichsaußenminister Walter Simons suchte vielmehr eine Situationsparallele in der Gründung der Berliner Universität zu Beginn des 19. Jahrhunderts „als eine Sammelstätte geistiger Widerstandskräfte gegen die äußeren Gefahren“. Wie damals „nach der Schlacht bei Jena Preußen zusammengebrochen war“, so warf aus dieser Sicht nunmehr der Versailler Vertrag mächtige Schatten auf die neue Hochschule. Die vorbereitende Denkschrift hatte ein junger Dozent namens Theodor Heuß verfasst, der 1949 erster Bundespräsident werden sollte. Was Heuß dort über nationalpolitische Gründungsmotive formulierte, übernahmen auch die Einführungsworte des ersten Vorlesungsverzeichnisses: Die Deutsche Hochschule für Politik - im folgenden DHP abgekürzt - solle als „Werkzeug für die Wiederaufrichtung des deutschen Staates“ dienen. Geradewegs in Propagandasprache hieß es im ersten Vorlesungsverzeichnis: Unter dem internationalen „System von Demütigungen“ habe „deutsche Politik“ fortan „nur einen Inhalt, den Kampf der nationalen Befreiung“. Daraus wurde folgendes Lehrprofil hergeleitet: Die DHP „will ihre Schüler die Lebensfragen der Nation erfassen lassen nicht aus der Distanz überschauender wissenschaftlicher Betrachtung, sondern aus der Verantwortung des mitten im Flusse der Ereignisse stehenden Staatsbürgers, der zum Mithandeln berufen ist“.

Dies klang eher nach der Gründung einer nationalpolitischen „Staatsbürgerschule“ – und namentlich genau dieses hatte noch im letzten Kriegsjahr Friedrich Naumann beabsichtigt, zu dessen engstem Freundeskreis auch Heuß gehörte. Deren Zielsetzung lautete zunächst, den Rückstand des Liberalismus gegenüber den Bildungseinrichtungen des sozialdemokratischen, katholischen und protestantisch-konservativen Parteimilieus auszugleichen. Der Übergang vom Kaiserreich zur Republik ermöglichte diesem Naumann-Frendeskreis die Erhebung der geplanten Parteischnule zum Nationalprojekt: wie die Franzosen nach ihrer Kriegsniederlage von 1870/71 in Paris eine

Kaderschmiede des Politikernachwuchses errichtet hätten, sollte nunmehr nach deutschem Kriegsdebakel eine Berliner Hochschulgründung von einem „vaterländischen und politischen Impuls“ getragen sein, wie Heuß sich rückblickend ausdrückte. Daß auch führende Köpfe der liberalen DDP die nationalpolitischen Motive dermaßen betonten, lag mehr als nur in der Fixierung auf den Versailler Vertrag begründet. Denn Naumann, bis zu seinem Tod im Sommer 1919 DDP-Vorsitzender, war um die Jahrhundertwende noch mit der Gründung des national-sozialen Vereins hervorgetreten; dessen Programm lautete kurz gefasst Imperialismus nach außen im Dienste der sozialen Integration nach innen. Aus Max Webers Freiburger Antrittsvorlesung, die zu deutscher Weltpolitik im Daseinskampf der Völker aufrief, hatte Pfarrer Naumann sein vielzitiertes Credo abgeleitet: „Was nützt die beste Sozialpolitik, wenn die Kosaken kommen!“ Im akademischen Jargon lautete das gleiche Motiv „Primat der Außenpolitik“. Wegen der vielen Nachbarvölker und entsprechendem äußerem Druck könne sich Deutschland solche innere Freiheit wie das englische Inselvolk oder die überseeischen USA gar nicht erlauben – so lehrte es nicht allein der konservative Historiker Otto Hintze.

Die Gegenthese blieb Minderheitsposition, auch wenn Sie kein Geringerer als der Weimarer Verfassungsautor Hugo Preuß in seinem Buch „Das deutsche Volk und die Politik“ entwickelt hatte: Gerade die von den westlichen Demokratien abweichende Obrigkeitsstruktur mit übermächtiger Bürokratie- und Militärgewalt hatte Preußen-Deutschland isoliert und in äußere Feindverhältnisse getrieben. Doch Naumann tendierte eher zu einem sozialpolitisch flankierten Nationalliberalismus und hat mit seinen Gesinnungsfreunden auch gegen die schwarz-rot-goldene Staatsflagge der Weimarer Republik gestimmt; denn im Zeichen des Versailler Vertrags sei nicht die geeignete Stunde der Abkehr von der schwarz-weiß-roten Vergangenheit. Solches Primat der Außenpolitik hat dann auch die Lehrinhalte der DHP zunehmend geprägt. Noch vor dem Studienleiter Heuß und Gertrud Bäumer, die sich für die Frauenbildung engagierte, war Ernst Jäckh als DHP-Geschäftsführer die zentrale Figur aus der Naumann-Tradition. Seine Interessen lagen fast ausschließlich im Bereich der internationalen Politik. Zur Startfinanzierung der DHP hatte wesentlich der Industrielle Robert Bosch beigetragen; ohne dessen Mittel wären nicht einmal die sechs hauptamtlichen Lehrkräfte zu finanzieren gewesen. Die staatliche Förderung beschränkte sich auf Sachmittel wie die zur Verfügung gestellten Räumlichkeiten; sonst war man auf das mühsame Einwerben von Privatspenden angewiesen.

Die weitere Entwicklung der 20er und frühen 30er Jahre führt uns tatsächlich zur Politikwissenschaft; aber nicht wegen vermeintlicher Akademisierung der DHP, sondern weil sich diese Bildungseinrichtung selbst als Untersuchungsgegenstand eignet: insbesondere für das Hineinwirken politischer Kräfte in machstrategischer, ideologischer und materieller Hinsicht. In den ersten Jahren der Republik, unter dem Präsidenten Ebert und häufig von der Weimarer Koalition aus SPD, DDP und Zentrum gestellten Regierungen, fanden Themen der Innenpolitik und Grundlagenfragen noch gebührende Beachtung im Lehrprogramm der DHP. Angesichts einer schweren Krise der Republik im Inflationsjahr 1923 brach jedoch auch das Interesse an den Bildungsangeboten der DHP massiv ein: Waren es in allen drei vorausgegangenen Wintersemestern stets um 800 Einschreibungen, fiel deren Zahl nun unter 300. Im Sommerhalbjahr, wenn andere Freizeitbeschäftigungen mit den nicht vor 17 Uhr beginnenden DHP-Programmen konkurrierten, lauteten zuvor die Ziffern noch 350-400, 1924 verblieb jedoch nur mehr eine Restgruppe von 130. Auch den politischen Konjunkturdaten war nicht gerade steigende Begeisterung für die Republik zu entnehmen: Seit 1925 amtierte Generalfeldmarschall a.D. v. Hindenburg als gewählter Reichspräsident und wurden die verfassungsgegnerschen Deutschnationalen an Reichskabinetten beteiligt. Ein deutschnationaler Innenminister war es schließlich, der 1927 über den Finanzierungshebel die Aufnahme des „Politischen Kollegs“ seiner Partei in die DHP erzwungen hat. Die Startfinanzierung aus dem Hause Bosch war ausgelaufen, erste Dozentenentlassungen bereits eingeleitet, und diese Ungunst der Stunde nutzten die machtbewussten Deutschnationalen.

Entgegen begleitender Legendenbildung gab es zuvor schon politische Meinungspluralität, wenn auch gewissermaßen um eine Naumannsche DDP-Mitte herum gruppiert: Unter den sechs hauptamtlichen Lehrkräften fanden sich neben Heuß und Frau Bäumer und dem gebürtigen Briten Richmond Lennox, der internationale Beziehungen unterrichtete, drei offenbar wohlkalkulierte Richtungsprofile: Die SPD war mit dem für Sozialpolitik zuständigen Karl Mennicke vertreten, der in seiner Partei zu den „religiösen Sozialisten“ zählte. Der katholischen Zentrumsparterie ließ sich Wilhelm Haas zurechnen, der neben einem „Arbeitskreis für christliche Politik“ vorrangig Kurse zu Fragen der politischen Psychologie angeboten hat. Ein konservativer Individualist war der Mitbegründer der „Zeitschrift für Politik“, Adolf Grabowsky, der im DHP-Kanon die geopolitische Denkschule verankerte. Den Staat verstand er als „ein vitales Wesen, das sich vor allem aus Raum und Volkstum, seinen natürlichen Grundlagen, zusammensetzt“. Mit der erzwungenen Aufnahme eines deutschnationalen Ergänzungskollegiums wurde dies aber zunehmend so gelesen, dass es deutschem

Volkstum naturgemäß am Lebensraum im Osten ermangele. Bei Max Hildebert Boehm, dem Leiter des „Deutschumsseminars“ an der DHP, wurde die Politik- als „Deutschumswissenschaft“ präsentiert; insbesondere für deutsche Minderheiten im Osten wollte man dem „praktischen Bedürfnis der gefährdeten Volksgruppen nach einer volkstumshaft gebundenen, den Selbsterhaltungswillen stärkenden, den Daseinskampf unterstützenden deutschen Geisteswissenschaft“ dienen. Eine andere Lehrveranstaltung des „Politischen Kollegs“ im Wintersemester 1927/28 hatte gar „Die Bedeutung der Rasse für die Geschichte“ zum Thema. Im übrigen gruppierten sich Lehrinhalte zunehmend nach geopolitischen Einflusszonen: Die bereits im Ersten Weltkrieg, und zwar stichwortgebend bei Naumann strapazierten Mitteleuropa-Konzepte wurden vom deutschnationalen Reichstagsabgeordneten Martin Spahn und dessen Mitarbeiter Pleyer an der DHP vertreten; daneben gab es das „Eurasische Seminar“ des Geheimrats Cleinow, der sich vor allem mit Russland und Polen befasste. Die erkonservativ-monarchistische „Kreuz-Zeitung“ lobte im Dezember 1932 folgerichtig das unpolitisierte Institutionenprofil in den höchsten Tönen: die DHP leiste nunmehr „Vorzügliches“. Daß solche Hochschulenteile in die „auslandswissenschaftlichen“ Dienste der NS-Diktatur gestellt werden konnten, ist dann nicht mehr sonderlich überraschend. Der längjährige Chefideologe des „Politischen Kollegs“, Martin Spahn, fand sich 1933 sogar unter den ersten, noch freiwilligen Überläufern zur Reichstagsfraktion der NSDAP.

Aus gänzlich anderen materiellen und geistigen Quellen wurde ein zweiter Schwerpunkt im Bereich der internationalen Politik gespeist. Nach den Locarno-Verträgen mit Frankreich 1925 und anschließendem Beitritt zum Völkerbund 1926 war nicht allein die anleihestrategische Kreditwürdigkeit Deutschlands wiederhergestellt. So gelangen dem rührigen DHP-Organisator Jäckh in den Folgejahren beachtliche Einwerbungen von Fördermitteln der Carnegie- und Rockefeller-Foundation; sie machten zuletzt etwa die Hälfte des Gesamtetats aus. So wie in der frühen Bundesrepublik eine demokratische „Re-education“ aus den USA mitfinanziert wurde, galt dies in der Weimarer Republik für die Absicht, die preußischen Militarismus- und deutschen Imperialismus-Traditionen in einer Friedensordnung zu absorbieren. Einzig dieser transatlantische Flankenschutz ermöglichte linksliberalen Nachwuchswissenschaftlern wie Hajo Holborn den Start der akademischen Karriere an der DHP. An dem erheblichen Übergewicht der rechtsgerichteten Dozentenschaft im Bereich der auswärtigen und internationalen Politik war auf diese Weise aber nur begrenzt zu rütteln; denn jene Lehrkräfte hatten ihre Existenzgrundlage zumeist außerhalb der DHP gesichert und waren häufig nur nebenamtlich tätig. Gegenüber amerikanischen Geldgebern und

misstrauischen Staatskonservativen wurde es in der zweiten Hälfte der 20er Jahre opportun, verstärkt von „Politik als Wissenschaft“ an der DHP zu reden - und über die ursprünglich patriotisch-republikanischen Schulungszwecke besser hinwegzuschweigen.

Zwischen Deutschnationalismus und Konzepten einer „Friedensakademie“ suchte die Hochschulleitung um Jäckh eine mittlere Linie im Sinne des Naumann-Erbes. Dessen national-soziales Herkunftsprofil erwies sich allerdings nach der Machtübergabe an die Reichskanzlerschaft Hitlers als Einfallstor für peinlichste Anbiederungsstrategien Jäckhs. Einem archivalisch überlieferten Bericht zufolge wies Jäckh in einer Veranstaltung am 27. März 1933 „auf die Übereinstimmung der 13jährigen Tätigkeit der Hochschule mit den von Reichskanzler Hitler in der Potsdamer Garnisonkirche proklamierten Forderungen des Primats der Politik und einer Synthese aller nationalpolitischen Lebenskräfte hin“. Den Pfarrer Naumann mit seiner jahrzehntelangen sozialpatriotischen Missionstätigkeit versuchte Jäckh folgendermaßen dem NS-Regime als geistigen Ahnherrn für seine DHP zu empfehlen: „Ausgegangen von der nationalsozialen Bewegung Friedrich Naumanns habe sie in den bisher 25 Semestern alle ‚Kräfte guten Willens‘ erreicht und vereinigt, seit 10 Semestern auch schon Führer und Jünger der nationalsozialistischen Bewegung, im Dozenten- und Studentenkreis.“ Die Ideologen der NSDAP waren mit solchen Kniefällen aber ebenso wenig zu beeindruckten wie amerikanische Stiftungen mit angeblich mäßigendem Einfluß, den Jäckh in seiner maßlosen Selbstüberschätzung auf die braune Herrschaftskaste in Berlin ausüben wollte. Die alljährlichen Wahlen zum „Hörer-Ausschuß“ bezeugten überdies, dass sich der Rechtsruck seit 1927 weitgehend auf die Lehrenden begrenzt hatte und nicht etwa auf Wünsche der Lernenden zurückging: Sogar eine Woche nach Übernahme des Reichskanzleramts durch Hitler wurden nur 14,7 % der Stimmen für den NS-Studentenbund abgegeben, weitere 7 % für eine deutschnationale Liste, aber immer noch 43 % für die Sozialdemokraten. Ansonsten entfielen 16,4 % auf eine gemeinsame Kandidatur der gemäßigten bürgerlichen Gruppen und 18,9 % auf die Kommunisten.

Bereits im Januar 1932 hatte aber der NS-Studentenbund an der Berliner Universität 65 % der abgegebenen Stimmen erhalten. Im alten Wahlgebiet Berlin, also ohne die Eingemeindungen von 1920, war hingegen die KPD bei den Reichstagswahlen im November 1932 auf fast 38 % gekommen. Demnach hatten studentische wie gesamtstädtische Radikalisierungstrends nur sehr begrenzt die DHP erreicht. Dies lag auch darin begründet, dass Präsident Jäckhs Zehnjahresbericht mit der Behauptung, „Attaches, Akademiker, Arbeiter“ seien gemeinsam an der DHP vertreten,

nichts als Imagepflege war: Der Arbeiteranteil lag unter 5 %, und auch Studierende mit Universitätsabschluß oder gar in der höheren Beamtenlaufbahn waren eine Rarität. Die größte Hörschaftsgruppe bildeten Angestelltenberufe, noch deutlich vor Studierenden der Universität, die nebenbei auch DHP-Kurse belegten, und Nicht-Berufstätigen, die ein Bildungsangebot nutzten. Es waren also Teile der neuen Mittelschichten, die sich von der DHP zusätzliche Bildungs- und Aufstiegschancen versprechen konnten. In Antwortbriefen an Interessierte wurden im Übergang zu den 30er Jahren auch folgende Erfahrungswerte offen dargelegt: „Der erfolgreiche Besuch der Hochschule für Politik gewährt zwar keine Berufsberechtigung, wohl aber Berufschancen auf journalistischem und organisatorischem Gebiet. ... Am besten stellen sich die Studenten, die ihr Studium gleichsam im Auftrage einer politischen Körperschaft im Hinblick auf bestimmte künftige Aufgaben unternehmen.“ Diese Organisationsgebundenen hatten aber ein deutlich anderes Sozialprofil als Universitätsstudenten oder die Wahlbevölkerung: an der DHP drastisch unterrepräsentiert waren einerseits Selbständige und höhere Beamte, andererseits Frauen und Arbeiter.

Gegenüber dem Führungskreis um Jäckh und einflußreich gewordenen deutschnationalen Lehrpersonen haben sich wissenschaftliche Alternativprogramme an der DHP nur punktuell artikuliert. Gern wird zur Konstruktion einer Kontinuitätsthese über nunmehr 80 Jahre Berliner Politikwissenschaft Sigmund Neumanns beachtenswerte Schrift „Die politischen Parteien in Deutschland“ bemüht. Diese wurde freilich erstmals 1932 veröffentlicht, und seit 1930 leitete Neumann hauptamtlich eine Berliner Volkshochschule und nicht mehr das Archiv der DHP. Etwas intensiver ragte der junge Staatsrechtsgelehrte Hermann Heller in das Lehrprogramm hinein, denn er betreute seit Herbst 1928 nebenamtlich den Bereich Innenpolitik und Staatslehre. Als Sozialdemokrat mit ausgeprägter National- und Staatsgesinnung bildete Heller für die Hochschulleitung um Jäckh nach links hin das innenpolitische Gegenstück zum Außenpolitiker Otto Hoetzsch, der Geschichtsprofessor mit Ostforschungsschwerpunkt und zugleich deutschnationaler Reichstagsabgeordneter war. Doch Heller nahm 1932 eine Berufung nach Frankfurt an und konnte sich erst mit der 1934 posthum erschienenen „Staatslehre“ den akademischen Ruf erwerben, die Staatsrechtslehre als politische Wissenschaft verstanden zu haben. Das pointierteste Kontrastprogramm zum Nationalpathos im Kollegenkreis formulierte mit seinem Fachverständnis einer „politischen Soziologie“ Albert Salomon, ein Mitarbeiter des Theorieorgans der SPD „Die Gesellschaft“: Gegen die nationalen Emotionen setzte er in der Zehnjahresbilanz der DHP das

Plädoyer für „nüchternes, rationales Denken“, für das deutsche politische Kultur „viel von den Amerikanern, Engländern und Franzosen lernen“ könne. Doch auch dieser Vertreter einer Orientierung an den westlichen Demokratien wanderte 1931 nach Köln ab. Dermaßen hohe Fluktuation lenkt den Blick auf das Kernproblem der DHP: Es fehlten ihr jenseits des Carnegie-Lehrstuhls die Mittel für eigene Professuren, die mehr als nur einen Titel mit etwas Unterrichtsgeld bedeuteten. Damit ließen sich gerade Nachwuchsgelehrte kaum an die Institution binden.

Erschien deshalb schon eine Hochschule nahezu ohne eigenes akademisches Lehrpersonal als Kuriosum, gilt dies ebenso für die Studienabschlüsse. Erst 1930 trat eine Diplomprüfungsordnung in Kraft, aber es handelte sich mehr um ein Privatschulzertifikat als ein mit Universitätsabschlüssen gleichwertiges Zeugnis. Auf wohlgezählte drei Diplomarbeiten konnte 1931 die DHP-Selbstdarstellungsschrift „Politik als Wissenschaft“ zurückblicken, und deshalb waren sie einzeln vorzustellen: Ein Student Jaensch hatte über „Die Nationalitätenpolitik des heutigen Polen“ geschrieben, ein Journalist Preikschar sich „Gedanken zur Memelfrage“ gemacht, und ein Junglehrer Marx „Die Stellung der Erziehungsberechtigten in der staatlichen Schulpolitik“ behandelt. Die vorrangige Ostorientierung eines geopolitischen Blickhorizonts und der ergänzende bildungspolitische Auftrag sind in diesen Themen nochmals dokumentiert. Anlässlich ihres zweijährigen Bestehens hatte sich die DHP noch einigermaßen realitätsnah als „Hochschule, Fachschule, Volkshochschule“ unter einem Dach präsentiert. Würde heute über die Ursprünge des Fachhochschulwesens, des Zweiten Bildungsweges und der Berufsbildungskurse, nicht zuletzt auch der öffentlich zugänglichen Staatsbürgerkunde zu reden sein, fiel die Erinnerung an die DHP der Weimarer Republik durchaus gehaltvoll aus. Eben diese Praxisnähe in den Erwartungen der Hörschaft kollidierte aber mit allzu gespreizten Hochschulambitionen. In den überlieferten Aktenbeständen findet sich dann auch Ende 1931 das ernüchternde Fazit nach vierjährigen Bemühungen um einen prestigeträchtigen Überbau: „Die Akademische Abteilung weist leider keinen Zugang auf.“ Gleichzeitig hatten sich die Einschreibungen gegenüber dem Vorjahr insgesamt verdoppelt, was jedoch allein mit der Massenarbeitslosigkeit zu erklären war. Im Proseminar, das Neuzugänge auffing, waren im Sommer mehr als 80 % Erwerbslose verzeichnet. Sogar aus dieser Notsituation machte die DHP-Leitung noch eine Selbstdarstellungstugend, wie dem freimütigen Bekenntnis eines internen Schreibens zu entnehmen ist: „Wir sind jetzt der Sorge enthoben, die Statistik zu unseren Gunsten zu färben, wie es früher oft nötig war.“

In einem Bereich führt diese Rückschau auf die DHP aber tatsächlich noch zu erstaunlich intensiven Wiedererkennungsmustern für Gegenwartsbelange unseres Instituts: Die Prüfungsordnung nach vier Semestern Grundkursen liefert mit dem Inkraftsetzungsdatum 11. Februar 1926 zunächst ein passendes Jubiläum, denn übermorgen vollendet sich immerhin der 75. Jahrestag. Erst recht verdient die Komposition der sechs Prüfungsgebiete die gebührende Aufmerksamkeit: „Auswärtige Politik“, „Innere Politik“, „Rechtsgrundlagen der Politik“, „Hauptfragen der Wirtschaftspolitik“, der „allgemeinen Politik“ (= Theorie) und der „politischen Geschichte“ waren dort aufgelistet. Unter den genannten Themenfeldern bilden drei teilweise noch heute den Kernbestand politikwissenschaftlicher Institute: von den Theoretischen Grundlagen, über die inneren Strukturen einschließlich politischer Soziologie der Parteien und Verbände bis hin zu den internationalen Beziehungen. Mit Geschichte, Recht und Wirtschaft sind zusätzlich drei fachübergreifende Verknüpfungen schon damals aufgenommen worden, um die Hintergründe politischer Entwicklungen umfassender analysieren zu können. Solches Fachprofil des interdisziplinären Brückenschlagers konnte sich aber erst nach 1945 akademisch etablieren, und es ist bei aller notwendigen Fortschreibung der Inhalte von Forschung und Lehre bis heute nicht überholt; für diese abschließende These muß ich aber die Beweislast in die Verantwortung der nachfolgenden Vortragenden legen.

#### Quellennachweis:

Die wesentlichen Belegstellen zu diesem Text sind zu finden in:

1. Politische Vierteljahresschrift 30 (1989), S.443-465.
2. Gerhard Göhler/Bodo Zeuner (Hrsg.), Kontinuitäten und Brüche in der deutschen Politikwissenschaft, Baden-Baden 1991, S.41-64 und S.65-93.

Gerhard Göhler

## **Die Berliner Politikwissenschaft in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts:**

### **Politikwissenschaft auf dem Weg zur Professionalisierung?**

80 Jahre Politikwissenschaft in Berlin, Teil II.

Vortrag am 9.2.2001 anlässlich der Übergabe der Diplomurkunden

Es mag ein wenig verwegen klingen, die Entwicklung von 50 Jahren unter ein gemeinsames Motto zu stellen. Der Historiker wird immer auf die vielfältigen Stränge und Ausdifferenzierungen verweisen. Aber mir scheint, es gibt einen roten Faden, wenn wir die Politikwissenschaft in Berlin in diesem Zeitraum betrachten: die Wiederbegründung der DHfP Anfang 1949, ihre Eingliederung in die Freie Universität, die Auseinandersetzungen 1968 und in der Folgezeit, verbunden mit einer großen Expansion in den 70er Jahren, die Umorientierung in Richtung auf Policy-Forschung, schließlich die drastischen Reduktionen und die damit einhergehend die Stabilisierungsversuche nach der deutschen Einheit in den 90er Jahren. Es ist die Entwicklung in Richtung auf Professionalisierung, die Auseinandersetzung um ihre Inhalte und der Kampf um ihre Aufrechterhaltung unter restringierenden Bedingungen. Professionalisierung meint nicht die Ausrichtung der Politikwissenschaft auf und Angleichung an die Berufspraxis - eine berufspraktisch orientierte Ausildung ist Bestandteil der Professionalisierung, aber darin geht sie nicht auf. Es wäre völlig verfehlt, Professionalisierung unter dem Schlagwort von "Ausbildung" einer berufsfernen "Bildung" entgegensetzen zu wollen. Professionalisierung meint vielmehr den Einsatz aller wissenschaftlichen Ressourcen, um dem Stand der internationalen fachspezifischen Ausdifferenzierung entsprechend sowohl grundlagen- als auch anwendungsorientiert zu forschen und zu lehren. Professionelle oder "professionalisierte" Wissenschaft in diesem Verständnis bietet einerseits ein Bildungserlebnis und ist andererseits Voraussetzung für eine sachgerechte Ausbildung.

#### *1. Von der Wiederbegründung der DHfP zur Integrationswissenschaft*

Was der Weg zur Professionalisierung konkret bedeutet, lässt sich sehr gut bereits in den 50er Jahren der Politikwissenschaft in Berlin ersehen. Die DHfP wurde am 15. Januar 1949 wiedereröffnet, Initiator und erster Direktor war Otto Suhr, der spätere Regierende Bürgermeister von Berlin. Die Hochschule knüpfte ausdrücklich an ihre Vorgängerin aus der Weimarer Republik an; ihr Hauptziel sah sie darin, zur Demokratie zu erziehen, und dies vor allem durch Fortbildung von Erwachsenen, insbesondere solchen in

politischen oder öffentlichen Positionen. Sie zielte deshalb auf Gasthörer, die sich in Abendkursen weiterbilden sollten, nicht auf ein Vollstudium zur Berufsausbildung junger Menschen. Entsprechend war auch die Dozentenschaft zusammengesetzt. Der Gründerkreis entstammte vornehmlich dem inneren Widerstand (Carl Dietrich v. Trotha, Ernst Tillich, Gert v. Eynern, Otto Heinrich v.d. Gablentz u.a), nicht der Emigration - und das bedeutet, daß die Gründungsdozenten, unbeschadet ihrer intellektuellen Kapazität, in den vergangen zwanzig Jahren weder selbst geforscht geschweige noch an der internationalen Entwicklung des Fachs beteiligt gewesen waren. Es ist kein Zufall, daß das erste Kompendium über Politikwissenschaft zur Vorbereitung für die Prüfungen nicht von Dozenten, sondern von Studenten (und durchaus zum Mißvergnügen von Otto Suhr) erarbeitet worden ist.

Vom Professionalisierung kann also bei der Wiederbegründung der DHfP durchaus keine Rede sein. Tatsächlich setzte aber sogleich eine Entwicklung in diese Richtung ein, und zwar in mehreren Strängen.

(1) Von seiten der Studentenschaft gab es erheblichen Andrang - allerdings nicht auf das vor allem angebotene Abendstudium mit Fortbildungscharakter, sondern auf ein Vollstudium mit berufsqualifizierendem Abschluß. Die Institutsleitung wurde von dieser Entwicklung völlig überrascht, sie agierte zunächst reichlich hilflos und paßte sich erst nach etlicher Larmoyanz dem Trend zur Professionalisierung an. 1953 wird das ursprünglich viersemestrige Aufbaustudium durch einen achtsemestrigen Diplomstudiengang abgelöst (die Absolventen durften sich "Inhaber des Diploms der Deutschen Hochschule für Politik" nennen, abgekürzt "IdDdD"), und nach vielfältigen Bemühungen gelang es 1956, dem Diplom zur Anerkennung als gleichwertigem universitärem Studienabschluß zu verhelfen. Mit der Freien Universität gab es langwierige Verhandlungen und Auseinandersetzungen um eine Eingliederung. Hauptstreitpunkt war die Übernahme der DHfP-Dozenten als Professoren an die Universität, wobei die etablierten Fakultäten immer wieder Vorbehalte gegenüber der wissenschaftlichen Qualität der künftigen Lehrstuhlinhaber geltend machten. Schließlich gelang es 1959 doch, die DHfP als "Otto-Suhr-Institut" (Otto Suhr selbst war 1957 verstorben) in der Form eines "interfakultativen Instituts" in die FU einzugliedern, mit Professuren in der philosophischen, der wirtschaftswissenschaftlichen und der juristischen Fakultät. Krönender sichtbarer Abschluß dieser Entwicklung war 1962 die Einweihung des neuen Institutsgebäudes in der Ihnestr. 21, in dessen großem Hörsaal wir auch heute die Diplome übergeben.

(2) Die Hochschule war seit den 50er Jahren um die Ausbildung eines eigenen wissenschaftlichen Profils bemüht. Dies ging zusammen mit der Einrichtung von Lehrstühlen für Politikwissenschaft an den deutschen Universitäten und der bundesweiten Etablierung des Fachs Politikwissenschaft, an der Otto Suhr intensiv beteiligt war. Ein entscheidender Schritt war die dauerhafte Bindung von Ernst Fraenkel, der als Emigrant

seit 1951 an der DHfP lehrte, an die Berliner Politikwissenschaft. Fraenkel entwickelte nicht nur die außerordentlich einflußreiche Lehre vom Neo-Pluralismus für das politische System der Bundesrepublik Deutschland, sondern er definierte erstmals das Fach Politikwissenschaft als eigenständige Disziplin. Aus der Not, daß die etablierten Fächer beanspruchten, den sozialen Kosmos mit ihren Mitteln bereits abzudecken (was Politikwissenschaft als eigenes Fach überflüssig machen würde, ohne daß politische Fragen ernsthaft wissenschaftlich erörtert wären), machte er eine Tugend: Politikwissenschaft ist *Integrationswissenschaft*: "Die Politikwissenschaft leitet ihren Anspruch, als selbständige Disziplin anerkannt zu werden, aus dem Bemühen ab, sich nicht einseitig nur *einer* Betrachtungsweise zu verschreiben, sondern vielmehr durch die Integration verschiedenartiger Betrachtungsweisen - durch die Verwendung sowohl empirisch-deskriptiver als auch normativer Methoden - zu einem umfassenden und deshalb vertieften Verständnis politischer Phänomene zu gelangen" (Die Wissenschaft von der Politik und die Gesellschaft, 1963). Politikwissenschaft faßt die Fragestellungen und die Methoden zusammen, die aus unterschiedlichen Disziplinen zur Aufklärung komplexer politischer Zusammenhänge beizutragen vermögen.

(3) Parallel dazu wurde auf Betreiben des emigrierten ehemaligen DHfP-Dozenten Franz Neumann 1950 an der Freien Universität ein politikwissenschaftliches Forschungsinstitut eröffnet: das "Institut für politische Wissenschaft" (IfP). Franz Neumann, der übrigens mit Ernst Fraenkel eng befreundet war, trieb die Sorge um, daß die DHfP aus eigenen Kräften kein internationales Forschungsniveau erreichen könnte. Die Gründung eines besonderen Forschungsinstituts sollte darum der Berliner Politikwissenschaft den internationalen wissenschaftlichen Anschluß ermöglichen. Leiter war zuerst der Emigrant Arkadij Gurland, später Otto Stammer. Trotz mancher Reibereien zwischen der DHfP und dem IfP, insbesondere zwischen Fraenkel und Stammer, ergab sich aus dieser Doppelung eine intensive Lehre und Forschung, die in der neuen bundesdeutschen Politikwissenschaft führend war.

Insgesamt haben wir es mit einem Prozeß der Akademisierung und Verwissenschaftlichung zu tun, der von unten, seitens der Studierenden, und von außen, seitens der Emigranten, angestoßen wurde. Die Gründer der DHfP haben sich erst widerwillig, dann engagiert dieser Entwicklung angeschlossen. Die Politikwissenschaft begab sich seit Ende der 50er Jahre auf den erfolgreichen Weg zu einer etablierten wissenschaftlichen Disziplin. Das war der erste Schub der Professionalisierung.

## 2. Die Krise der Integrationswissenschaft und der Aufstieg der Policy-Forschung

Anfang der 60er Jahre hatte das OSI (als interfakultatives Institut) 12 Lehrstühle. Die "Integrationswissenschaft" war die geradezu offiziöse Doktrin. Aber die in den 60er Jahren einsetzenden,

zunächst nur subkutan wahrnehmbaren Veränderungen der Einschätzung von Wissenschaft in der Gesellschaft gingen am OSI nicht nur nicht vorbei, sie fanden hier einen weithin sichtbaren und außerordentlich wirkungsvollen symbolträchtigen Ausdruck. Für das Fach führten sie zu einer Krise der Integrationswissenschaft.

Die deutsche Politikwissenschaft war in der zweiten Hälfte der 60er Jahre doppelt herausgefordert. *Zum einen* wurde angemahnt, daß sie sich entgegen einer angestaubten Institutionenlehre moderner sozialwissenschaftlicher Methoden und Modelle bedienen müsse, wie sie in den USA entwickelt wurden: empirische Sozialforschung für das alltägliche Geschäft, Systemtheorie für den theoretischen Überbau. Überbringer dieser Botschaft waren deutsche Politikwissenschaftler der zweiten Generation, die in den USA ihre wissenschaftliche Prägung erhalten hatten (so z.B. für Berlin: Naschold, Narr, Krippendorf). Angemahnt wurde eine Professionalisierung des Fachs, die sich der fortgeschrittensten Methoden bedienen müsse, um wirklich praxisrelevant zu werden. *Zum anderen* gab es eine kritische Wende der Politikwissenschaft in Richtung auf den Marxismus (personell häufig mit der Wende der Politikwissenschaft zur modernen Sozialwissenschaft verbunden). Auch hier stand die Forderung nach Professionalisierung im Sinne von Praxisbezug im Vordergrund. Nun allerdings mit der Volte, daß nur eine wirklich gesellschaftskritische, letztlich antikapitalistische und antiamerikanische Wissenschaft der Gesellschaft zur Emanzipation verhelfen könne. Als warnendes Menetekel stand stets der Vietnam-Krieg der USA im Hintergrund, in Deutschland wurde die Verabschiedung der Notstandsgesetze zum auslösenden Faktor. All das mündete in einen zunächst allgemein-kulturkritisch, später zunehmend marxistisch und dogmatisch ausgerichteten Frontalangriff auf die Grundlagen von Politik, Gesellschaft und Wissenschaft in der Bundesrepublik Deutschland.

Die 68er Auseinandersetzungen in Deutschland mit ihren Folge-Auseinandersetzungen der 70er Jahre sind in ihrer Bewertung heute wieder heiß umstritten. Das OSI stand 1968 symbolisch im Zentrum. Hier tobte der Kampf zwischen liberalen Reformern, die sich zunächst mühsam - und zwar pikanterweise mit Hilfe des Staates - gegen die alte Ordinarienuniversität durchsetzen mußten, und den auf grundlegende Systemveränderung drängenden radikalen Kräften. Im Brennpunkt stand Alexander Schwan, und er wurde zur tragischen Figur. Er realisierte am OSI die von ihm als überfällig erachtete Öffnung und Demokratisierung der Hochschule, zugleich geriet er aber zunehmend in die Defensive gegenüber jenen Kräften, die in der Reform nur einen ersten Schritt zur grundlegenden sozialistischen Umgestaltung von Hochschule und Gesellschaft erblickten. Die Auseinandersetzungen gipfelten in dem unrühmlichen Versuch, in einer "Schweinejagd" Alexander Schwan nach einem "go in" aus dem Fenster zu werfen. Als persönlich

Beteiligter an diesen Auseinandersetzungen kann ich die damals vorherrschende Arroganz und Intoleranz der Radikalen nur beklagen; aus diesem Grund konstatiere ich mit eher gemischten Gefühlen die offensichtlich sehr weitreichenden gesellschaftlichen Veränderungen, die durch die 68er bewirkt wurden (und die in ihrem Ausmaß und in ihrer Tragweite vermutlich nach wie vor unterschätzt werden).

Bekanntlich radikalisierte sich die antiautoritäre Bewegung in den 70er Jahren zu neuen und bisher unerhörten Formen eines dogmatischen Autoritarismus in den "K-Gruppen". Die Politikwissenschaft in Berlin blieb von solchen Auswüchsen weitgehend verschont, weil sich Dozentenschaft und Studierende trotz tiefer politischer Risse in der Abwehr solcher Auswüchse ziemlich einig waren. Das Krisenpotential der Politikwissenschaft wurde vielmehr innerwissenschaftlich fortgeschrieben, und so kam es zu einer zweiten Krise der Integrationswissenschaft in den 70er Jahren. Es handelt sich um den Siegeszug der *Policy-Forschung*.

Diese Entwicklung verlief zunächst wenig spektakulär und wurde in ihrer Brisanz für das Fach zunächst wenig wahrgenommen. Dabei ist sie mit der ersten Krise der Integrationswissenschaft auf eine merkwürdige Weise verwoben. In jener wurde immer wieder der mangelnde Praxisbezug der Politikwissenschaft beklagt, Abhilfe sollte die konsequente Umformung der Politikwissenschaft zu einer modernen Sozialwissenschaft und - so jedenfalls der damalige mainstream - zu einer emanzipatorischen, gesellschaftsverändernden Kraft erbringen. Aber die leitenden Modellvorstellungen - sei es die Systemtheorie der sogen. "bürgerlichen Wissenschaft", sei es der globale marxistische Zugriff mit den kruden Versuchen einer "Staatsableitung" - erwiesen sich sehr schnell als untauglich für einen brauchbaren Praxisbezug der Politikwissenschaft. Dieser war jedoch in den inhalts gesättigten Analysen der sogen. "Bindestrich-Politiken" zu finden, also Wohnungsbau-Politik, Arbeitsmarkt-Politik, Umwelt-Politik usw. Daß hierin nun zunehmend das Heil der Politikwissenschaft gesucht und scheinbar auch gefunden wurde, bleibt allerdings unerklärlich ohne den Hintergrund einer Planungseuphorie in der Gesellschaft der 70er Jahre, die in ihrer Vorstellung einer rationalen Gestaltung und Veränderbarkeit der Verhältnisse mit dem Impetus der 68er zutiefst verbunden war. Etwas überspitzt ließe sich über die Policy-Forschung der 70er Jahre sagen: Sie war Gesellschaftskritik, abzüglich Kulturkritik, und fortgesetzt mit empirischen Mitteln. Nicht umsonst war sie vor allem in der Sozialdemokratie beheimatet.

Nun ist die Planungseuphorie der 70er Jahre längst verflogen, Policy-Forschung aber gibt es immer noch, und dies aus gutem Grund. Sie stellt ohne jeden Zweifel die denkbar bestmögliche Form des Praxisbezugs der Politikwissenschaft her, weil sie sich mit realen Problemen der Gesellschaft befaßt und wirklich weiß, wovon sie spricht. Sie hat damit erstmals nach den 50er Jahren einen neuen Professionalisierungsschub der

Politikwissenschaft bewirkt. Der Preis allerdings ist hoch, und es ist immer wieder zu fragen, ob wir ihn wirklich bezahlen wollen. Er liegt in der Zersplitterung der Politikwissenschaft in Spezialisten und eine Unzahl erforderlicher Spezialstudien. Politikwissenschaft droht zu einem Sachverständigenrat für Bindestriche zu verkümmern. Die Einheit des Fachs wird nirgendwo mehr sichtbar, und den Studierenden wird aufgegeben, das zusammenzusehen, was die Wissenschaft selbst schon lange nicht mehr integriert.

Es ist zugegebenermaßen etwas spekulativ, einen Zusammenhang auch sachlich zu konstruieren, der zeitlich auf jeden Fall besteht. Mit dem Aufstieg der Policy-Forschung beginnt der Abwehrkampf gegen Sparmaßnahmen. Das Otto-Suhr-Institut (bzw. der damalige Fachbereich Politische Wissenschaft) hatte in der zweiten Hälfte der 70er Jahre seinen höchsten Personalbestand, seit Beginn der 80er Jahre begannen die Reduzierungen. Ich selbst habe als Dekan (damals hieß ich "Sprecher") im Jahr 1983 den ersten Strukturplan für die Politikwissenschaft vorgelegt, er wurde wie bei uns üblich einvernehmlich verabschiedet. Dieser Strukturplan sollte nicht der letzte bleiben ... Es gab sicherlich vielerlei Gründe, auch gute Gründe, den überbordenden Personalbestand des OSI auf überschaubare Größen zurückzuführen.

Es wurde aber immer schwieriger, Kriterien für einen notwendigen Mindestbestand der Berliner Politikwissenschaft zu finden, weil die Professionalisierung des Fachs in seinem Kernbereich gescheitert und in die Bindestrich-Politiken der Policy-Forschung ausgewandert war. Die Anrufung einer Berliner Tradition der Integrationswissenschaft lief zunehmend ins Leere. Ein 1986 eigens veranstalteter Kongreß zum Verhältnis von Politikwissenschaft und Policy-Forschung hat das Dilemma sehr plastisch sichtbar gemacht.

Es hat auch Gegenbewegungen gegeben, so etwa den Versuch, über zentrale Themen wie "Institutionen" die Einheit des Fachs mit der Professionalität von Sachanalyse und Praxisbezug zu verbinden. Die Berliner Politikwissenschaft war hierbei nicht übermäßig engagiert, aber sie wurde ohnehin aus einer ganz anderen Ecke gewissermaßen "kalt" erwischt. Seit 1989/90 stellt sich mit der deutschen Einheit die Professionalisierungsproblematik für das OSI völlig neu.

### *3. Berliner Politikwissenschaft nach der deutschen Einheit: Abschied von der Professionalisierung?*

Die deutsche Einheit markiert für die Politikwissenschaft nicht nur den unrühmlichen Glanzpunkt, daß ihre eigene Prognose-Unfähigkeit im Falle der sozialistischen Systeme allseits sichtbar wurde. Da hat sie einfach Pech gehabt, denn meistens lassen sich eigene Falsifikationen in der Wissenschaft besser verschleiern. Sie hat aber auch in anderer Weise Pech gehabt, und das macht Professionalisierung erneut und von ganz anderer Seite zu einem drängenden Problem. Zwei Komponenten kommen hier nach meiner Einschätzung auf eine für uns unangenehme Weise zusammen.

Zum einen machte es der Aufbau der Politikwissenschaft an den ostdeutschen Universitäten zwingend erforderlich, sich auf die Kerngehalte des Fachs zu besinnen, weil allzu ausdifferenzierte Stellenplanungen nicht realistisch finanzierbar waren. Das Ergebnis waren Variationen der Bereiche Politische Theorie, Politisches System und Internationale Beziehungen mit einigen zusätzlichen Spezialisierungen. Auf diese Weise hat sich - von uns mitbewirkt - ein Konsens darüber herausgebildet, was als unabdingbar und was als "Luxus" im Fach Politikwissenschaft anzusehen ist. Das für das OSI so ungünstige Gutachten des Wissenschaftsrats baut auf dieser Vorstellung auf.

Zum anderen war es eine für das OSI außerordentlich folgenreiche Entscheidung des Berliner Senats, an der Humboldt-Universität parallel zum OSI eine gut ausgestattete Politikwissenschaft aufzubauen. Die problemlose persönliche Zusammenarbeit der Kollegen beider Universitäten ändert nichts an dem objektiven Problem, daß der Aufbau einer neuen Politikwissenschaft in Berlin angesichts der beschränkten Finanzlage ein Nullsummenspiel ist. Was die Humboldt-Universität gewinnt, verliert die Freie Universität - Kürzungen für die Wissenschaft insgesamt noch nicht einmal eingerechnet. Für die Politikwissenschaft gilt das Nullsummenspiel intern ebenso wie in der Fächerkonkurrenz.

Bereits der bisherige "Strukturplan 2003", der formell noch immer gültig ist, sieht nicht mehr als 14 Professuren im eigenen Bereich des OSI vor - eine gegenüber der Professorenherrlichkeit von fast 50 Stellen in den 70er Jahren recht bescheidene Vorgabe. Es ist nicht zu sehen, wie an solch neuen Größenverhältnissen noch zu rütteln wäre, und es ist noch nicht einmal ersichtlich, warum es denn zwingend 14 oder 12 oder 10 Professuren am OSI sein sollen, wenn die verbleibende Tradition der Integrationswissenschaft als alleiniges Kriterium nicht mehr zählt.

Kann es Professionalität der Politikwissenschaft am OSI unter solchen Bedingungen noch geben? Professionalität setzt immer Ausdifferenzierung und damit eine über den Kern erheblich hinausgehende Anzahl von Professuren voraus. Für die Politikwissenschaft im internationalen Maßstab ist das selbstverständlich. Nach diesem Kriterium markieren die 90er Jahre für das OSI eine negative Professionalisierung. Aber Professionalisierung kann sich auch nicht darin erschöpfen, einmal bestehende Strukturen nur zu erhalten. Es gilt, die gegenwärtigen Aufgaben des Fachs zu definieren - nämlich festzustellen, was derzeit seine Professionalität ausmacht - und mögliche Ressourcen entsprechend effektiv zu organisieren. Das ist unsere Aufgabe.